



Niedrigster Abonnementssatz in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnement, 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Abonnementssatz für den Raum einer sechsteljährigen Zeitung 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post- und Paket-Verbindungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 326. Mittag-Ausgabe.

Siebenundfünftiger Jahrgang. — Verlag von Eduard Krewendt.

Sonnabend, den 15. Juli 1876.

Deutschland.

Berlin, 14. Juli. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Oberamtsrichter a. D. v. Stemann zu Hirsberg, bisher zu Habersleben, dem Kreisgerichts-Klassen-Rendanten Rechnungs-Rath Dorenb erg zu Sangerhausen und dem ersten Lehrer Strübing am Königlichen Seminar für Stadtschulen zu Berlin den Roten Adler-Orden vierter Klasse; dem ersten Lehrer und Cantor Baake zu Mennighüffen im Kreise Herzberg, dem Adler der Inhaber des königlichen Hausordens von Hohenzollern; dem Kreis-Gerichtsboten und Executor Kemper zu Polnisch-Wartenberg das Allgemeine Ehrenzeichen; sowie dem Studiosus medicinae Herrmann Löpp zu Königsberg i. Pr. und dem Unteroffizier Wigge im 8. Ostpreußischen Infanterie-Regiment Nr. 45 die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der Kaiser und König haben am Mittwoch, den 12. d. M., in Baden-Baden den Kaiserlich-Türkischen auferordentlichen und bevollmächtigten Botschafter am höchsten Hofe Edhem Paşa in Privat-Audienz empfangen und aus dessen Händen ein Schreiben Sr. Majestät des Sultans Murad V. entgegengenommen, durch welches Allerhöchstes die Kronbesteigung bestätigt wird. Demnächst hatte der Botschafter Edhem Paşa die Ehre, Sr. Majestät dem Kaiser und Könige sein neues Beglaubigungsschreiben zu überreichen. Als Vertreter des Auswärtigen Amtes war bei der Audienz der Geheime Legations-Rath von Bölow zugegen.

Se. Majestät der König hat dem Fabrikbesitzer H. C. Meyer jun. zu Heimfeld den Charakter als Commerzien-Rath verliehen; und dem Vorsteher der Ministerial-, Militär- und Baukommission zu Berlin, Geheimer Regierung-Rath Küblenthal den Rang eines Rethes 3. Klasse beigelegt.

Ihre Majestät die Königin hat den Inhabern der unter der Firma „Füller und Comp.“ bestehenden Fabrik von Heil-er Apparaten Dr. Schmid und Kaufmann Neuk zu Heidelberg das Prädikat als hoflieferanten verliehen. Dem Gymnasial-Oberlehrer Dr. Christian Ostermann in Fulda, dem Gymnasial-Oberlehrer Wilhelm Schmid in Saarbrücken und dem Oberlehrer Julius Ellinger an der Realschule zu Lüft ist das Prädikat „Professor“ beigelegt worden.

Berlin, 14. Juli. [Se. Majestät der Kaiser und König] haben in Würzburg am 10. d. M. die Spalten der dortigen Behörden zur kaiserlichen Tafel gezogen. Mit einer Einladung waren geehrt worden der Regierungs-Präsident v. Luxburg, der commandirende General des 2. bayerischen Armee-Corps, General-Lieutenant v. Off, der commandirende General der 4. Corps-Division, General-Lieutenant Baron Horn, der Commandant von Würzburg, General-Major von Luz, der Commandeur des 2. Infanterie-Regiments, Oberst Wels, der Commandeur des 2. Feld-Artillerie-Regiments Oberst Holmbach, der Genie-Director Oberst Kollmann, der Chef des Generalstabes Oberst Gerl, der Regierungs-Director Baron Russin, der Rector der Universität Professor Dr. Stein, der Capitular-Vicar Dr. Himmelstein, der Director des Bezirksgerichts Neubig, der Decan der protestantischen Gemeinde Neubig, der Bürgermeister der Stadt Dr. Zürn, der Stadtverordnetenvorsteher Meyer, der Ober-Postmeister Baron Schellerer und der Ober-Bahninspector Wolff.

Der Reichskanzler Fürst Bismarck und der großbritannische Botschafter Lord Russell feierten vor der Tafel nach Kissingen zurück.

Am Abend desselben Tages beehrten Se. Majestät die Sozietät des Regierungs-Präsidenten Grafen von Luxburg mit ihrem Besuch und sahen von dort aus dem zu Ehren der Allerhöchsten Anwesenheit veranstalteten Fackelzug der Bürgerschaft zu.

Auf der Reise nach Baden wurden Se. Majestät in Heidelberg von Sr. Königl. Hoheit dem Erbgroßherzog von Baden und in Karlsruhe von Sr. Königl. Hoheit dem Großherzog von Baden begrüßt. In Baden folgten Se. Majestät einer Einladung Sr. Kaiserl. Hoheit des Großfürsten Michael zum Souper.

Am 12. Juli nahmen Se. Majestät nebst den Vorträgen des Militär- und Civilcabinetts den Vortrag des Ministers des Innern Grafen zu Eulenburg entgegen. Das Diner fand bei Sr. Kaiserlichen Hoheit dem Großfürsten Michael statt. Abends erschienen Se. Majestät im Theater.

Gestern ist Se. Königliche Hoheit der Großherzog von Baden nach Konstanz gereist, um Se. Majestät daselbst auf der Reise nach der Mainau zu empfangen.

Se. Majestät der Kaiser und König sind gestern von Baden-Baden in Konstanz angekommen und haben demnächst die Fahrt nach der Insel Mainau mittels Dampfschiff fortgesetzt. Se. Majestät wurden überall Seiten der Bevölkerung mit enthusiastischen Kundgebungen empfangen. (Reichsanzeiger.)

○ Berlin, 14. Juli. [Gymnasial-Angelegenheit. — Eisenbahnen.] In den Fällen, wo Schüler von einer höheren Lehranstalt unmittelbar auf eine andere derselben Art übergehen, wird bei der Bestimmung der Klasse, in welche der aufzunehmende Schüler einzutreten hat, von den Directoren nicht nach gleichen Grundzügen verfahren. Einige Directoren erkennen das Zeugnis der Schule, von welcher der Schüler abgegangen ist, als für die ihre gütig an, andere machen in jedem Falle die Bestimmung der Klasse, in welche der Aufzunehmende einzutreten hat, von einer Annahmeprüfung abhängig, andere bringen nach Umständen das eine oder das andere Verfahren in Anwendung. Diese Ungleichmäßigkeit des Verfahrens kann zu Unbilligkeiten in den nicht seltenen Fällen führen, in denen der Übergang eines Schülers von einer Schule zu einer andern weder durch ein Verschulden des Schülers, noch durch eine Willkür der Eltern, sondern durch anderweitige Umstände veranlaßt ist. Es ist daher von mehreren Provinzial-Schul-Collegien die Regelung des Gegenstandes durch eine allgemeine Anordnung in Anregung gebracht worden. Ausführbar ist eine solche Anordnung im Betreff der gegenwärtigen Anerkennung der Zeugnisse für diejenigen Kategorien von Anstalten, bei denen die Übereinstimmung des Lehrplanes weitaus überwiegend ist über die im einzelnen etwa bestehenden kleinen Unterschiede. Demgemäß hat der Cultusminister durch eine allgemeine Verfügung vom 30. Juni bestimmt: Bei der Aufnahme eines von einer anderen Schule abgegangenen Schülers ist außer den sonstigen gesetzlichen Erfordernissen für die Aufnahme die Vorlegung eines ordnungsmäßigen Abgangszeugnisses der entlassenden Schule erforderlich. Die Verfügung bestimmt des Nächsten, was dieses Zeugnis enthalten muß. Wenn in dem Abgangszeugnisse die Versetzung des Schülers in eine höhere Klasse oder Abtheilung bezeugt wird, so ist das Datum des Conferenzbeschlusses, durch den die Versetzung beschlossen ist, anzuführen. Die bloße Erklärung der Reise für eine höhere Klasse, ohne daß die wirklich erfolgte Versetzung constatirt wurde, hat keine Bedeutung. Schüler, welche mit einem entsprechenden Abgangszeugnisse versehen, von einem als vollberechtigt anerkannten Gymnasium oder Realschule I. Ordnung unmittelbar, ohne daß ein längerer Zeitraum als 6 Wochen dazwischen liegt, auf eine

andere entsprechende Anstalt übergehen, werden ohne Erforderniß einer Annahmeprüfung in diejenige Klasse und Abtheilung gesetzt, der sie in der früheren Anstalt angehören würden. Dasselbe gilt in gleicher Weise von den, dem Gymnasium oder der Realschule I. Ordnung in den entsprechenden Klassen gleichstehenden Progymnasien und höheren Bürgerschulen. Die Berechtigung zur Aufnahme in die prima eines Gymnasiums oder einer Realschule I. Klasse wird nicht durch ein bloßes Abgangszeugnis, sondern nur durch das Zeugnis über die nach Abschluß des gesammten Lehrkurses des Progymnasiums oder der höheren Bürgerschule bestandenen Entlassungsprüfung erworben. Wenn bei einem auf Grund dieser Bestimmungen in eine Klasse aufgenommenen Schüler sich innerhalb der ersten vier Wochen zeigt, daß er nicht die Reise besitzt, um dem Unterrichte in der betreffenden Klasse zu folgen, und wenn diese Unreife durch einen Conferenzbeschluß anerkannt ist, so hat der Director den Eltern oder ihren Stellvertretern davon Kenntnis zu geben und ihnen anheimzustellen, in die Aufnahme des Schülers in die nächst niedrigere Klasse einzuvilligen, widrigensfalls die Schule jede Verantwortlichkeit für das weitere Fortschreiten des Schülers ablehnen müsse. — Der Handelsminister hat genehmigt, daß auf den Staatsbahnen bei eintretendem besonderen Bedürfnisse Schulkinder-Abonnement-Billetts auch für die 2. Wagenklasse ausgestellt werden und daß der Fahrtpreis in diesem Falle nach der Grundtaxe von 2 Pfennigen pro Kilometer berechnet wird.

= Berlin, 14. Juli. [Gesetz über die Strafvollstreckung. — Regelung des russischen Grenzverkehrs. — Telegraphen-Tarif. — Bürgerliches Gesetzbuch.] Der auf Wunsch des Bundesrates im preußischen Justizministerium ausgearbeitete Entwurf eines Gesetzes über die Strafvollstreckung wird dem weiteren Vernehmen nach demnächst wieder an den Bundesrat zur weiteren Beurteilung gelangen, da dieser schon lange erwartete Gesetzentwurf nicht sündig länger verschoben werden kann. Was Preußen speziell angeht, so haben, wie man sich erinnern wird, die Minister der Justiz und des Innern ein Gefängnisregime aufgestellt, das sich natürlich als vorübergehend ergibt und durch das Reichsgesetz von selbst abgelöst wird. Diese Spezialanordnung hat bekanntlich vielen Widerspruch hervorgerufen. — Neuerdings verlautet nichts über eine Erledigung der zwischen dem Deutschen Reich und Russland schon so über lange schwebenden Verhandlungen über Regelung des Grenzverkehrs und der Zollabfertigung an der jenseitigen Grenze, obwohl es an dem ausgiebigsten Material dazu nicht fehlt und der Reichskanzler im Reichstage solche begehrte hat. Davon abgesehen, haben schon die zu meist beihilflichen Handelskammern vorher und nachher mit ihren Anträgen nicht zurückgehalten, ohne daß bis jetzt ein Erfolg wahrzunehmen gewesen wäre. Neuerdings hat wieder die Angelegenheit wegen Zulassung eines russischen Schiffes in einem preußischen Hafen zu Weiterungen Anlaß gegeben, doch kommt dabei nicht, wie verschiedene Zeitungen melden, ausschließlich die Cabinettsordre vom 20. Juni 1822, sondern das Gesetz vom 5. Februar 1855 zur Anwendung, wonach das in beflagter Orde wegen Begünstigung der inländischen Niedereltern erlassene Verbot der Küstenfrachtsfahrt von einem preußischen Hafen nach einem andern preußischen Platze durch ausländische Seeschiffer mit Königl. Verordnung zu Gunsten solcher Länder außer Anwendung gesetzt werden kann, in welchen die preußischen Schiffe zum Betriebe der Küstenfrachtsfahrt zu gleichen Rechten mit den einheimischen Schiffen zugelassen werden. — Obwohl es zur Zeit im Reichstage zur Sprache gekommen, den Zeitungen, welche in der Nacht Telegramme aufgeben, eine Ermäßigung der Gebühren zuzugesetzen, ist eine solche Maßregel doch noch nicht getroffen worden, selbst nachdem Württemberg damit schon vorangegangen ist. Ueberhaupt wird ein Einschreiten des Reichstags in Betreff eines neu aufzustellenden Telegraphentarifs von keiner praktischen Wirkung sein, da, wie man gesehen, die Feststellung des Gebührentarifs Sache des Reichskanzlers ist, welcher selbstständig damit vorgegangen ist. Dasselbe ist auch der Fall bei einem Theile des Briefportos, wobei die Verwaltung, namentlich, soweit es sich um Erlassen bei sogenannten Steckbriefen handelt, auch selbstständig vorgehen kann. — Den Reichstelegraphen-Anstalten ist folgende Mitteilung ihrer obersten Behörde zugegangen: „In Folge des eingetretenen Kriegszustandes ist die telegraphische Verbindung zwischen Serbien und der Türkei unterbrochen. Hierauf ist bei Annahme und Instraditung von Telegrammen nach Griechenland, Serbien und der Türkei zu achten.“ — Die Nachrichten von einem bevorstehenden Zusammentreffen der Mitglieder der Commission zur Entfernung eines bürgerlichen Gesetzbuchs für das Deutsche Reich sind verfrüht, da besagte Commission sich unlängst erst an den Reichskanzler mit der Bitte gewandt hat, von den Einzelregierungen nähere Auskunft über gewisse formulirte Punkte zu erbitten und die Antworten darauf schwerlich schon der Commission durch den Reichskanzler zugegangen sein können. Der Bundesrat hat derselben übrigens Weisungen über den Gang und die Förderung ihrer Arbeiten ertheilt und als nächstes Pensum die Beendigung der ersten Lesung gestellt. Gleich damals wurde für Abschluß der Commissionsarbeiten ein Jahrzehnt in Aussicht genommen, wovon bis jetzt kaum 2 Jahre verflossen sind.

[Die Einstellung des Postverschlußverkehrs und Beschränkung des Postanweisungsverkehrs zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn ist, nach der „Weser-Ztg.“ lediglich eine Seitens der kaiserlich österreichischen Postverwaltung getroffen, durch die gegenwärtigen bedeutenden Touristenschwankungen hervorgerufene Vorsichtsmaßregeln, welche den etwaigen Kosten des Staates erfolgenden Speculationen mit dem Postverschlußverfahren die Spur abbrechen soll. Nach Erkundigungen, welche wir eingezogen haben, ist die Ansicht der „Weser-Ztg.“ begründet. Wenn jene Maßregel anderen Blättern zu beunruhigenden Conjecturen Veranlassung gegeben haben, so haben dieselben übersehen, daß, wenn derartige Befürchtungen begründet wären, mit dem Auschluß der eigentlichen Wertpapiere (Geldbriefe, Geld- und Wertpäckchen) der Anfang gemacht worden wäre, nicht aber mit den Postverschüssen und Postanweisungen, bei welchen es sich nur um eine Abrechnung in Zahlen handelt. (Reichsanzeiger.)

Posen, 13. Juli. [Verurtheilung.] Der verantwortliche Redakteur des „Przyjaciel Ludu“, Trembecki, welcher gegenwärtig wegen Pressevergehens eine vierwöchentliche Strafe verbüßt, ist neuerdings wegen eines „Sprawa języka polskiego w obec sejmu pruskiego“ (die Angelegenheit der polnischen Sprache gegenüber

dem preußischen Landtag) überschriebenen Artikels, der eine Beleidigung des Abgeordneten Hund von Hassett enthält, zu einer dreimonatlichen Gefängnisstrafe verurtheilt worden.

Trier, 13. Juli. [Feststellung.] Der frühere römisch-katholische Pastor Klein von Mannebach im Kreise Saarburg im Reg.-Bezirk Trier ist vor einiger Zeit zum altkatholischen Pfarrer von Wiesbaden ernannt und als solcher eingesetzt worden. Man meinte nun, daß er alle Verbindungen mit Mannebach abgebrochen habe. Aber die Mannebacher wurden durch nachstehende Feststellung überrascht:

„Trier, 16. Juni 1876. Mit Bezugnahme auf die Berichte vom 9. und 13. Mai c. Nr. 2587 und 2757 teilen wir Ew. Hochwährenden mit, daß der Herr Minister der geistlichen Angelegenheiten es abgelehnt hat, die Pfarrstelle zu Mannebach als vacante zu behandeln, vielmehr die einstweilige Fortzahlung des für die genannte Pfarrstelle ausgewiesenen Staatsgehalts anstellt der ihm beauftragten persönlichen Zulage an den zum provisorischen Seelsorger der Altkatoliken in Wiesbaden bestellten Pfarrer Klein angeordnet hat. Königliche Regierung, Abteilung des Innern: gez. Linz. Herr Landrat Tobias, Hochwährenden in Saarburg a. R. Br. m. Herr Ortsvorsteher Stein in Mannebach zur Kenntnisnahme und Mitteilung an den Gemeinderat überwandt. Saarburg, den 27. Juni 1876. Der Bürgermeister: v. Frankenberger.“

Es ist wohl selbstverständlich, daß sich die Mannebacher bei diesem Bescheide nicht beruhigt haben und die ihnen angesetzte Zahlung verweigern.

Dresden, 14. Juli. [Der Kronprinz und die Kronprinzessin von Italien] sind gestern Abend um 10 Uhr von München hier eingetroffen. Zum Empfang waren auf dem Bahnhofe anwesend: Der Prinz Georg von Sachsen, Prinz Thomas von Savoyen und der italienische Botschafter in Berlin, Graf de Launay.

Würzburg, 11. Juli. [Die Anwesenheit des Kaisers Wilhelm] in unserer Stadt gestaltete den gestrigen Tag zu einem wahren Festtag. War schon die Erwartung und Spannung unserer Bevölkerung aufs Höchste gestiegen, als Radomir die Zeit der Ankunft des Fürsten Bismarck nahte, so trat rasch an die Stelle dieses Hoffens und Hartens ein endloser Jubel, als der Reichskanzler um 1 Uhr 5 Minuten im biegen Bahnhofe einfuhr. Rimmer endenwollend Hurrah begleitete den großen Staatsmann vom Wagen zum Königssalon und von diesem wieder bis zu seinem Absteigquartier im Hotel Kronprinz. Der Reichskanzler, höchst erfreut über diesen Empfang unserer Einwohnerschaft, begrüßte die jubelnde Menge nach allen Seiten hin in freundlicher Weise. Am Bahnhofe wurde er von den Spalten der Behörden, Graf Luxburg, der Generalität und Bürgermeister Dr. Bürk begrüßt. Bald nachdem der Fürst in seine Wohnung weggefahren war, begann ein abermaliges Drängen und Stoßen der zahlreichen Anwesenden in den Bahnhofräumen, es galt jetzt der Begrüßung des Kaisers selbst, der kurz nach 2 Uhr gleichzeitig glücklich hier eintraf. Da nun steigerte sich der Enthusiasmus in erregtester Weise, und unter schallendem Hoch Lauter wurde der Kaiser vom Bahnhofe nach dem Wagen geleitet. Unmittelbar vor seinem Einsteigen begrüßte er die Fahne des deutschen Kriegerbundes, die hier aufgestellt war, und alsdann allen Anwesenden in buldollierter Weise dankte, fuhr der kaiserliche Herr seiner Wohnung, gleichfalls dem Hotel Kronprinz, zu. Bald nach seiner Ankunft fand die Konferenz zwischen Kaiser Wilhelm und dem Fürsten Bismarck statt, welche nahezu 1 Stunde in Umrück nahm, nach deren Beendigung jedoch Fürst Bismarck wieder mit dem Zuge um 5 Uhr 15 M. nach Kissingen zurückkehrte, nachdem er vor der Abreise sich auf dem Perron längere Zeit in leutseliger Weise mit Groß und Klein, hoch und Nieder lebhaft unterhalten hatte. Nach der Abreise des Reichskanzlers fand das Diner statt, zu welchem die Spalten der Militär- und Civilbehörden, der derzeitige Vermeister der bischöflichen Stelle Dompropst Dr. Himmelstein, der erste protestantische Stadtpfarrer und Decan Dr. Neubig, der Bürgermeister der Stadt, Dr. Bürk, mit dem ersten Vorsteher des Gemeindekollegiums, Priester Beper, der Rector der Universität, Professor theolog. Dr. Stein, u. A. geladen waren. Nach acht Uhr Abends begab sich derselbe in die Wohnung des Regierungspräsidenten Grafen Luxburg und nahm von hier aus eine Huldigung unserer Einwohnerschaft in freudigster Weise entgegen. Ein imposanter Fackelzug, an dem viele Bürger, sämmliche akademische Gesellschaften und andere Vereine sich beteiligten, bewegte sich vom Marktplatz nach dem Hofplatz, wo dem Kaiser von den vereinten biegen Sängergesellschaften eine Serenade veranstaltet wurde. Tausendstimmige Hoch begrüßten die Majestät, so oft sich dieselbe am Fenster zeigte. (W. B.)

Oesterreich.

* * Wien, 13. Juli. [Die Sperrung des Hafens von Klok. — Waffenstillstands-Verhandlungen?]. Nachdem die alte „Presse“ in ihrem gestrigen Morgenblatt ein Ragusaer Telegramm gebracht, wonach den Türken der Hafen von Klok für Truppen-Ausschiffungen in Folge der Reichstädter Konferenz gesperrt worden sei, erklärte sie in der Abend-Ausgabe die Nachricht, die an der Börse eine kleine Deroute hervorgerufen, ziemlich unwirsch für „eine der vielen in Dalmatien umlaufenden Enten“. Allein das Dementi hat wenig verfangen, wie es denn auch von vornherein weit wahrscheinlicher war, daß hier eine Indiscretion vorlag, als daß ein der Regierung so nahestehendes Blatt eine so hochwichtige Nachricht auf ein bloßes unbeglaubigtes Telegramm hin aufnahm. Götzschakoff ist in Reichstadt mit seinen Beschwerden über die Freigabe des Hafens von Klok endlich durchgedrungen, nachdem er ein Jahr vergebens dagegen protestiert, daß die Wiener Regierung unbeanstandet dort die türkischen Truppen ausschiffen ließ. Das „Tagblatt“ nennt daher die Sperrung „das Reichstädter Vorhängeschloß mit russischem Mechanismus“. Graf Andraß hat allerdings eine andere Argumentation in Bereitschaft; nur, fürchte ich, wird die öffentliche Meinung taube Ohren dafür haben. Der Hafen ist bekanntlich eine kleine türkische Enclave in Dalmatien, bildet aber durch die vorliegende große dalmatinische Insel Sabioncello ein mare clausum, so daß Oesterreich das Recht hat, dort den Türken alle Truppen-Evolutionen zu erlauben oder zu verbieten. So lange nun nur die Herzegowiner im Feuer standen, sandt Andraß, daß es eine Verlezung der Neutralität sei, den Hafen zu sperren und so indirekt Rebellen das Recht von Kriegsführenden zugestehen. Jetzt aber, wo Montenegro dem Sultan den Krieg erklärt hat, siehe die Sache anders: Nizza sei wirklich ein Kriegsführender, wie denn Oesterreich selbst 1852 bei Leiningers Sendung nach Konstantinopel für die völlige Unabhängigkeit des Landchens von der Pforte eintrat. Nun gebot also die Neutralität, Klok der Pforte und ebenso die Böche den Montenegrinern zu sperren. Die Sache ist nun, daß General Robic schon wissen wird, die Folgen der letzteren Maßregel für die Südslaven abzuschauen — während bei dem Mangel an Straßen durch die Gebirge der Balkan-Halbinsel der Seeweg von Konstantinopel nach Klok, der die einzige praktische Operationsbasis gegen die Herzegowina und gegen Montenegro abgibt, die bequemste Communication für die türkischen Regimenter bildet. — Ob wahr oder unwahr, hat die Nachricht des „Tagblatt“, daß Milan den Beifall Russlands um Vermittelung eines Waffenstillstandes nachgesucht, hier eine sehr acute Frage angeregt. Erstreckt die Anerkennung des Principes der Nichtintervention

sich nur auf das militärische oder auch auf das diplomatische Gebiet? Ist letzteres der Fall, so kann also auch nur die Collectiv-Vermittlung der Mächte stattfinden. Im anderen Falle wäre es Russland leicht, durch seine „Vermittlung“, indem es der Pforte zur ungelegenten Zeit wieder in den Arm fällt, eine moralische Pression in Konstantinopel auszuüben, die sich von einer militärischen Unterstützung kaum anders als dem Namen nach unterscheiden und England zu neuen Gegenmaßregeln herausfordern würde.

Schweiz.

Zürich, 11. Juli. [Das Militärsteuergesetz. — Aus der Bundesversammlung. — Vortrag. — Fest. — Adresse. — Verurtheilungen.] Der vorigestrichene Sonntag hat wieder ein wohlgemeintes und sorgfältig ausgearbeitetes Bundesgesetz zu seinen Vätern versammelt und wird den Bundesbehörden neues Kopfzerbrechen verursachen. Das Militärsteuergesetz ist mit 173,709 gegen 150,444 Stimmen (soweit bis jetzt bekannt) niedergestimmt worden. Bloß 8 Kantone haben es angenommen, nämlich: Zürich mit 35,548 gegen 14,160, Thurgau mit 10,343 gegen 4820, Aargau mit 20,246 gegen 14,547, ferner Schaffhausen, Glarus, beide Basel, Solothurn. Die übrigen Kantone haben verworfen: Bern mit 24,228 gegen 18,985, St. Gallen mit 22,600 gegen 10,353, Freiburg mit 14,143 gegen 2499, die ultramontanen und französischen Kantone ic. — Die Bürger des Culturkantons Aargau haben sich als Eidgenossen gut, als Cantonesen aber schlecht gehalten; sie verwarsten am Sonntag das verbesserte Armengesetz mit 18,835 gegen 15,574 Stimmen.

Aus der Bundesversammlung haben wir noch nachzutragen die Verhandlungen über die unliebsamen Nachtragscredite, die hinkenden Böten des Budgets. Der Bundesrat verlangte für die von den Kantonen verabsäumte Ausbildung der Recruten älterer Jahrgänge 2,050,022 Fr., welche dann die Cantone rückstatten sollten. Eventuell beantragte er (wohl mit seiner Witterung) blos 566,580 Fr. und Entlastung des noch nicht ausgebildeten Theiles der älteren Recruten vor 1855, welchen dafür blos die Entrichtung der Militärsteuer obliegen würde. Sowohl im Ständerath als im Nationalrath standen festsamer Weise die Commissionsmehrheiten für den Hauptantrag des Bundesraths ein, hauptsächlich im Interesse der bürgerlichen Gleichheit für die Wehrpflicht; die Minderheiten aber vertraten aus Gründen der Sparsamkeit den eventuellen Antrag des Bundesraths, welcher denn auch aus den Abstimmungen sieglos hervorging. — Mit dem 1. J. der neue Vertrag zwischen der Schweiz und Deutschland über Austausch von Postauftragsbriefen (bis zu 750 Fr.) und von Postanweisungen (bis zu 375 Fr.) in Kraft erwachsen; beide Länder teilen sich zur Hälfte in die Gebühren. — Die Turner lassen sich durch das Überschwemmungsende auch nicht abhalten, ihr ebd. Fest in Bern vom 5. bis 8. August zu feiern. — Die Direction des polnischen Nationalmuseums in Rapperswil (Graf Plater) hat an den Präsidenten Grant eine in Polen stark unterzeichnete Glückwunschaufnahme zum 4. Juli abgesandt. Sie spricht wesentlich vom glücklichen Amerika und vom unglücklichen Polen, entsprechend dem Worte des Grafen Schlabendorf: „Amerika's Pfug gewinnt Land, Europens Schwert knechte.“ — Die Zürcher Leichenverbrenner haben ihren glücklichen Genossen in Gotha 250 Fr. bescheert. — Im geistlichen Fache giebt's heute haut goßt. Der Excu's von Lancy, welcher verschiedene der Gemeinde gehörenden Kirchengemeinden entfremdet hatte, stand vor dem correctionellen Gericht in Genf; er wurde dieses Vergehen schuldig erklärt und zu dreimonatlicher Gefangenschaft, Schadenersatz und in die Kosten verurtheilt. — Dem Landrat von Baselland lag das Begnadigungsgesuch des gewesenen katholischen Pfarrers zu Aesch, Buholzer aus dem Canton Zugern, vor. Dieser war wegen schwerer Unzucht mit Kindern zu 3 Jahren Zuchthaus verurtheilt und nach Abföhlung von 2 Jahren gegen 2000 Fr. Bürgschaft der Haft entlassen worden. Die Petitions-Commission beantragte Abweisung des Gesuchs, weil Buholzer sein wüstes Treiben lange Zeit fortgesetzt hatte, das gerichtliche Urtheil sehr mild erscheint und der Petent noch immer seine Schuld leugnet, dagegen über die Nachtheile jammert, die ihm die Anklage zugezogen. (War ja auch eine pure Kleinigkeit!) Sein religiöser Glaubensgenosse, Landrat Feigenwinter, legte zwar eine Lanze für das Gesuch ein; obschon er bekannte, von der Schuld des Buholzer überzeugt zu sein und das Urtheil ebenfalls müde zu finden, schien ihm doch Gnade am Platz zu sein wegen der Aussichten erregenden Verhaftung und Verurtheilung des Petenten. (Die Curie würde den gläubigen Mann höchstens zu etwas gemütlichem Klosterleben verurtheilt haben.) Der Landrat wies das Gesuch fast einmütig ab und es wird sich nun nur fragen, ob Buholzer wiederkehrt, den Rest seiner Strafzeit absitzen, oder ob seine guten Freunde in Aesch die Bürgschaft zurücklassen müssen.

Italien.

Nom, 10. Juli. [Die Stärke der italienischen Armee und Flotte.] In einer Original-Correspondenz des „Berl. Tageblatt“ heißt es: Ein römischer Correspondent der Turiner „Gazzetta del Popolo“ berichtet über die nachfolgenden Einzelheiten, die er einem höheren Offizier verdanken will. Für den Fall, daß Italien eine Expeditionsarmee aufstellen müßte, würde es in einigen Tagen über ein vollständig mit neuen Gewehren und guter Artillerie versehenes Corps von 300,000 Mann verfügen können; schon ein ganzes Jahr lang arbeitete man in den Fabriken unaufhörlich an Wetterli-Gewehren und 1875 hatte man schon einen Vorrath von 270,000 Stück. Die Artillerie hat 60, zur Genüge mit Hinterladern von 7,5 versehene Batterien und was die anderen 40 Feldbatterien betrifft, so wären 400 Gußstahl-Kanonen von 8,7 bei Krupp bestellt, von denen die Hälfte schon abgeliefert und der Rest zum Herbst nachfolgen würde. Diesen neuen Geschützen nun müßte nur noch das Material der 12-Kanonen angepaßt werden, was natürlich längere oder kürzere Zeit je nach Umfang und Fähigkeit des Kriegsministers in Anspruch nehmen würde. Für 26 Divisionen (300,000 Mann) sei der Train fit und fertig und würde dieser Bestand ausreichen, um ein vollständig bewaffnetes und proviantiertes Expeditionsheer aufzustellen. Nur mit den Patronen sei es ein schlimmes Ding, da verschiedene Fabriken die ihnen ertheilten Aufträge nicht ausgeführt und mit der Fabrikation läßt vorgeschritten wären; allein dieser Rückstand möglicherweise durchaus keine Besorgnis ein, so lange man nicht die Gesamtarmee Italiens mobil mache, und das hätte noch gute Weile. Wie sich ein neapolitanisches Blatt vernehmen läßt, könnte auch die italienische Marine nicht überrascht werden; da die Transportschiffe (inbegrieffen die der Handelsmarine) zur Stunde bereit sind, 45,000 Mann einzuschiffen. Sind wir erst vollständig bewaffnet und vorbereitet, so können wir gleich fern von Besorgnis und Prahlerei in aller Nähe die Zukunft abwarten und diejenigen Maßregeln treffen, die uns unsere Politik und unsere Interessen vorschreiben.

Frankreich.

○ Paris, 12. Juli, Abends. [Prozeß. — Ehrenhandel.] Der gegen den Deputirten Rouvier angestrebte Prozeß wegen Vergehens gegen die öffentliche Sittlichkeit kam heute vor der 8. Kammer des Zuchtpolizeigerichts zur Verhandlung. Die Angelegenheit scheint eine lange Zeit in Anspruch nehmen zu sollen, da ungefähr 60 Zeu-

gen zu verhören sind. Die Widersprüche in ihren Darlegungen sind zahlreich; ein einziges der kleinen Mädchen, das älteste, erkennt Rouvier bestimmt wieder. Rouvier stellt alles entschieden und energisch in Abrede. Er weist darauf hin, daß sein stiftliches Betragen ihn vor einer solchen Anklage schützen müßte; derartige schimpfliche Handlungen waren nur von entwidigten Greisen begangen werden. Nach dem, was die kleinen Mädchen unmittelbar nach dem Vorfall ihren Eltern erzählt haben, war der Mensch corpulent, klein, hatte einen sehr langen Bart und trug einen braunen Überrock. Nun entspricht keins dieser Merkmale der Wirklichkeit. Rouvier ist groß und wenig corpulent. Außerdem trug er an dem betreffenden Tage, wie mehrere Zeugen versichern, einen dunklen Überrock. Das Verhör dauert fort. — Der Ehrenhandel zwischen Rob. Mitchell und Carré-Réclouet ist noch nicht beigelegt. Wie es heute heißt, hat Réclouet seinem Gegner auf's Neue zwei Zeugen geschickt.

○ Paris, 13. Juli. [Das Mairegesetz. — Senator Paris. — Freisprechung.] Das Bürgermeistergesetz ist gestern angenommen worden, mit einer Verbesserung, welche der Linken eine gewisse Entschädigung für die von ihr gemachten Zugeständnisse gewährt; es sollen nämlich vor Anwendung des neuen Gesetzes die Gemeinderäthe allenthalben neu gewählt werden. Da man zum Schlussvotum kam, blieb eine Menge von Amendements zu erledigen, von welchen nur die wichtigsten angeführt seien. Madier-Montjan beantragte für alle Gemeinderäthe, auch denjenigen von Paris, das Recht, die Bürgermeister zu wählen. In diesem Sinn hatte er das ehemalige Gambetta-Pommerey'sche Amendement, welches die Hauptstadt ausschloß, erweitert. Die Regierung, meinte der Redner, hat sich dem Willen der Nation und nicht die Nation dem Willen der Regierung zu folgen. Das Land verlangt die Gemeinderecht, und die Kammer darf sich durch die Furcht vor einem Conflic nicht abhalten lassen, ihm Genugthuung zu geben. Nach einer Replik B. La-

vergne's stimmte man ab und zu diesem Behufe wurde das Amendement in zwei Theile gesondert; 343 Stimmen gegen 63 verweigerten der Hauptstadt das verlangte Recht; mit 269 gegen 77 Stimmen wurde der ursprüngliche Antrag Gambetta-Le-Pommerey zurückgewiesen. Die Gambettisten enthielten sich zumeist der Abstimmung. Dann rückte der Monarchist de Castellane mit demselben Vorschlag heraus, den Tags zuvor Floquet gestellt hatte: man möge zu dem Gemeindegesetz von 1871 zurückkehren. De Castellane ließ mit einer unglaublichen Naivität merken, daß es ihm blos darum zu thun war, die republikanische Mehrheit gegen die Regierung zu heben. Er warf den Republikanern vor, daß sie blos das Provisorium gründeten, daß sie sich von den Ministern zum Narren halten ließen. Den Republikanern sei es genug, wenn sie alle Aemter erhalten, und die einzige Politik des Ministeriums bestehe darin, die Portefeuilles festzuhalten. Der Redner hofft schließlich, die Mehrheit werde nicht zugeben, daß die republikanische Regierung discreditirt werde und zu einer Regierung der Schwäche und Dummheit ausarte. Niemand hielt es für nöthig, auf diesen Ausfall zu antworten, und der Antrag Castellane wurde mit 217 gegen 137 Stimmen verworfen. Alsdann beantragte Talandier, der Präsident der Republik solle in den Departements-, Arrondissements- und Cantons-Hauptstädten die Matrosen ernennen, aber ihre Wahl solle auf drei vom Gemeinderath vorzuschlagende Namen beschränkt bleiben. Der Berichterstatter J. Ferry erwiderte, die Commission habe diesen Antrag schon für die Ausarbeitung des definitiven Gemeindegesetzes vorbehalten, worauf das Amendement Talandier ebenfalls beseitigt wurde. Man kam jetzt zum Hauptartikel des Gesetzes und die Paragraphen, welche dem Präsidenten der Republik die Ernennung der Maires in den Departements- und Arrondissements-Hauptstädten zuweisen, wurden ohne Weiteres angenommen. Für den dritten Paragraphen aber, welcher dies Recht auf die Cantons-Hauptstädte ausdehnt, verlangten die Bonapartisten die Namensabstimmung, um die Linke in Verlegenheit zu setzen. Lansédat geistete unter dem Beifall der Linken dieses Manöver. Die öffentliche Meinung werde sich nicht täuschen, wenn sie jetzt als angebliche Vertheidiger der Freiheit jene Männer auftreten sieht, die stets für die Unterdrückung gewesen. Die Republikaner hätten gewünscht, daß die Regierung in dieser Angelegenheit sich bei Seite halte; da sie aber unglücklicherweise ergriffen hat, so wollen der Redner und seine Freunde sich lieber der Abstimmung enthalten, als mit den Feinden der Republik gegen das Cabinet stimmen. *Raoul Duval erklärte, daß er die Bezeichnung „Feind der Republik“ nicht annehmen könne. Er leugnet nicht, daß bei den letzten Wahlen das Land die Absicht bekundet habe, es ernstlich mit der Republik zu versuchen; aber die Kammer müsse dann auch wirklich nach republikanischen Grundsätzen regieren, sonst werde es ihr nicht besser ergehen, als der Monarchie, die nicht mit monarchischen Grundsätzen zu regieren verstand. Der Redner und viele seiner Freunde seien aufrichtig gewillt, die republikanische Politik im Interesse des Landes zu erleichtern. Gambetta erwiderte, die aufrichtige Gesinnung Raoul Duval's werde schwerlich von seinen Freunden getheilt. Seine Besorgnisse für die Republik zeugen von einem guten Herzen, aber er möge es den Republikanern selber überlassen, über ihre Handlungsweise zu bestimmen. Das Kaiserreich hat 18 Jahre hindurch aus den Bürgermeistern die gelehrtigen Werkzeuge seiner Unterdrückungspolitik gemacht; wenn man jetzt die Imperialisten die municipale Freiheit vertheidigen hört, so kann man sich wohl fragen, was diese Grächen wollen. Die republikanische Mehrheit empfängt keine Rathschläge von den schlimmsten Feinden Frankreichs. (Beifall.) Mit dieser Rede schloß sich also Gambetta der Linken und der Regierungsmehrheit wieder an, von denen er sich Tags zuvor getrennt hatte. Man stimmte ab und der erwähnte dritte Paragraph wurde mit 287 gegen 132 Stimmen angenommen. Abermals viele Enthaltungen. Hierauf beantragte Hénon einen Zusatz-Artikel des Inhalts, daß die Gemeinderäthe erneuert werden sollen, ehe die Wahl der neuen Bürgermeister erfolgt. Hénon, der zum ersten Male die Tribune bestieg, machte in einer mit grossem Beifall aufgenommenen Rede geltend, daß die von de Broglie und Buffet ernannten Bürgermeister auf die Zusammensetzung der jetzigen Gemeinderäthe einen grossen Einfluß gesäßt haben, daß es also ratsam sei, die Spuren des alten Systems zu vertilgen, ehe andere Maires gewählt werden. Die Commission nahm sofort diesen Antrag an und der Minister de Marcère gab im Namen des Cabinets seine Zustimmung zu demselben. Die Kammer votirte ihn mit grosser Mehrheit, die liberalen Bonapartisten stimmten aber dagegen zu großer Heiterkeit der Versammlung. Hierach blieb nur über das Gesamtgesetz abzustimmen; es war keine Namensabstimmung nöthig, die Annahme erfolgte mit erdrückender Majorität. Wenn diese Reform nicht allen Wünschen des Landes entspricht, so ist dadurch zum Wenigsten das verhöchteste und unpopulärste Gesetz der letzten Jahre, das de Broglie'sche Bürgermeister-Gesetz, definitiv abgeschafft. Heute wird die Kammer sich mit der Wahl des ultramontanen de Mun beschäftigen. — Der Senator Paris ist wiederhergestellt; er verlas gestern seinen Bericht über das Waddington'sche Gesetz in der Commission und wird ihn heute im Senat verlesen. Man erwartet die Discussion für Montag. — Der Deputirte Rouvier ist vom Gericht freigesprochen worden. Sein Advocat Nicolet hob in der Verteidigungrede mit Recht hervor, in wie scandalöser Weise die politischen Gegner Rouvier's

dessen vorgebliches Vergehen zu Partezwecken ausgebaut haben. Man glaubt, daß der Freigesprochene gegen die Journale, die ihn am Geschäftsstagen verfolgten, einen Prozeß anhängig machen will. Das Publikum im Gerichtssaal nahm das freisprechende Urtheil mit lebhaftem Applaus auf.

Provinzial-Bericht.

Breslau, 14. Juli. [Gustav Freitag,] der berühmte Dichter und unser geschätzter Landsmann hat gestern auf Schloss Callenberg bei Coburg als Guest der herzoglichen Familie, mit welcher er seit 25 Jahren befreundet ist, die Feier seines sechzigsten Geburtstages begangen.

* [Zum VII. Schlesischen Feuerwehrtag.] Der Vorstand des hiesigen Feuer-Rettungs-Vereins hat an die hier vertretenen Feuerwehr-Gesellschaften das Geuch um eine Beihilfe zum Anlauf eines Ahlsström'schen Feuer-Dauchapparates gerichtet. Der Verein wünscht nämlich bei dem am 26. und 27. August hier abzuhaltenen VII. Feuerwehrtag der Provinzen Bojen und Schlesien den jedenfalls sich zahlreich einfindenden Vertretern dieser hochinteressanten Apparate vorzuführen und dadurch die Anschaffung derselben anzuregen. Von der Berlinischen und der Gothaer Feuerwehr-Gesellschaft-Bank sind denn auch schon höchst bereitwillig nennbare Beiträge bewilligt worden und es steht zu erwarten, daß dies auch von den anderen Gesellschaften geschehen wird, da es im selbsteigenen Interesse derselben liegt, Erfindungen auf dem Gebiete des Feuerlöschwesens von solcher Wichtigkeit nach Möglichkeit zu befördern.

* [Gesetz über die Pensionierung der Reichs- und Staatsbeamten.] Im Verlag von Louis Köhler in Breslau erschien soeben eine für Beamte sehr interessante Schrift, nämlich eine Zusammenstellung der Gesetze über die Pensionierung der Reichs- und Staatsbeamten und der Gesetze betreffend den Wohnungsgeld-Zuschuß nebst einer Reihe von Tabellen, behufs Berechnung der Pensionsbeträge vom juriidisch gelegten 10. bis 50. Dienstjahr bei Gehaltsbeträgen von 600 bis 1200 Mark und dem durchschnittlichen Wohnungsgeldzuschuß. Der Verfasser dieser höchst praktischen Schrift ist der Provinzial-Steuer-Sekretär Materna.

△ [Erhöhung der Eisenbahn-Retourbillets-Preise.] Die Direction der Königlich Niederschlesisch-Märkischen und Gebirgsbahn hat vom 15. d. M. ab die Preise der Retourbillets nicht unwe sentlich erhöht. Während früher 33 1/3 % Ermäßigung gegen die Preise gewöhnlicher Billets gewahrt wurde, beträgt dieselbe jetzt nur 25 %. Zu gleicher Zeit ist die Gültigkeitsdauer dieser Billets von 3 Tagen auf 2 Tage herabgesetzt. Es kostet jetzt ein Retourbillett 2. Klasse von Breslau nach Liegnitz 9,5 M., 3. Klasse 3,9 M.; nach Hainau 2. Kl. 7,5 M., 3. Kl. 5,0 M.; nach Bunzlau 2. Kl. 9,9 M., 3. Kl. 6,6 M.; nach Görlitz 2. Kl. 14,7 M., 3. Kl. 9,9 M.; nach Guben 2. Kl. 17,9 M., 3. Kl. 12,0 M.; nach Frankfurt 2. Kl. 21,8 M., 3. Kl. 14,6 M.; nach Berlin 2. Kl. 29,3 M., 3. Kl. 19,6 M. — Auch im Bereich der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn tritt vom 1. September eine gleiche Erhöhung für Retourbillets ein, jedoch behalten diese Billets 5 Tage Gültigkeit zur Rückfahrt.

△ [Excursion der Eisenbahn-Retourbillets-Preise.] Die Direction der Königlich Niederschlesisch-Märkischen und Gebirgsbahn hat vom 15. d. M. ab die Preise der Retourbillets nicht unwe sentlich erhöht. Während früher 33 1/3 % Ermäßigung gegen die Preise gewöhnlicher Billets gewahrt wurde, beträgt dieselbe jetzt nur 25 %. Zu gleicher Zeit ist die Gültigkeitsdauer dieser Billets von 3 Tagen auf 2 Tage herabgesetzt. Es kostet jetzt ein Retourbillett 2. Klasse von Breslau nach Liegnitz 9,5 M., 3. Klasse 3,9 M.; nach Hainau 2. Kl. 7,5 M., 3. Kl. 5,0 M.; nach Bunzlau 2. Kl. 9,9 M., 3. Kl. 6,6 M.; nach Görlitz 2. Kl. 14,7 M., 3. Kl. 9,9 M.; nach Guben 2. Kl. 17,9 M., 3. Kl. 12,0 M.; nach Frankfurt 2. Kl. 21,8 M., 3. Kl. 14,6 M.; nach Berlin 2. Kl. 29,3 M., 3. Kl. 19,6 M. — Auch im Bereich der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn tritt vom 1. September eine gleiche Erhöhung für Retourbillets ein, jedoch behalten diese Billets 5 Tage Gültigkeit zur Rückfahrt.

△ [Excursion der Eisenbahn-Retourbillets-Preise.] Der Verein der Breslauer Colonialwaren-Händler mache am 12. d. M. eine Vergnügungsfahrt nach dem Fürstensteiner Grunde.

[Berichtigung.] In dem Reserat in der heutigen Morgen-Nummer, betreffend den Ausflug des Rechte-Ober-Ufer-Bezirks-Vereins nach Döhrenfurth, ist fälschlich angegeben, daß die Abfahrt mit dem Mittagstage der Niederschlesisch-Märkischen Bahn erfolge, während dieselbe auf der Breslau-Reppener Bahn (Freiburger Bahnhof) stattfindet.

○ Breslau, 14. Juli. [Schwurgericht. — Mord.] Das Verbrechen des Mordes in seiner abschreckendsten Gestalt tritt in der Verhandlung gegen den Arbeiter Ferdinand Neule vor uns.

Mit kalter Berechnung hat der Mörder sein Opfer mit den Händen erwürgt und ihn alsdann, um seines Todes ganz sicher zu sein, noch mit einem scharf geschliffenen Taschenmesser in den Hals gestochen und mit den Stiefelsäcken auf Kopf und Hals getreten.

Der Sachverhalt ist folgender: Am Abend des 6. November 1875 lehrte das Vieh des Stellenbesitzers Seifert in Schlesien (Kreis Militsch), welches Nachmittags vor dem 13jährigen Hölzjungen August Dreilich auf das Feld ausgetrieben worden war, ohne den Knaben zurück. Seifert machte sich deshalb in Begleitung von dem Knaben Vater, dem Einlieger Carl Dreilich, und dem Häusler Carl Reim auf, um den August Dreilich zu suchen. — Auf dem etwa ½ Meile von dem Dorfe entfernten Weidfeld — der sogenannten „Haide“ — fanden sie den Knaben auch bald im Blute schwimmend und tot.

Er hatte Verlebungen am Kopf und am Halse. Neben dem Leichnam lag ein dem Bruder des Dreilich gebühriger, mit Blut besudelter Stiel und die Peitsche des Lezteren. Ungefähr 15 Schritte davon waren auf dem Rasen kleine Gruben und Löcher zu sehen, welche darauf hindeuteten, daß hier ein Kampf stattgefunden habe und von hier aus führte eine deutlich zu erkennende Schleppspur bis nach dem Orte, wo der Leichnam lag.

Aus allen diesen Umständen schlossen die Männer, daß hier an dem August Dreilich ein Mord verübt sei. Als ihnen bald darauf der Freisteller Johann Jonitz, welcher an denselben Tage ebenfalls Vieh gehütet hatte, mitteilte, daß er gesehen, wie der Arbeiter Ferdinand Neule den August Dreilich Nachmittags gejagt habe, so stieg in ihnen der Verdacht auf, daß dieser der Mörder sei. Neule war ein Stiebbruder des August Seifert, hielt sich bei Lezterem auf und hatte die Art des im Auszuge lebenden Eltern am gedachten Nachmittag auch auf die Weide getrieben. Der Vater des Getöteten begab sich sofort zu dem Amtsvocht Leber in Sulau und teilte diesem das Vorgetheilte mit. Als Leber am nächsten Morgen in Schlesien eintraf und hier den Ferdinand Neule vernahm, gestand dieser, daß er nach anfänglichem Leugnen an den blutigen Leichnam geführt wurde, unumwunden ein, den Hölzjungen ums Leben gebracht zu haben. Als Beweisgrund gab Neule an, August Dreilich habe ihm im Wege gestanden, denn nach seiner Befreiung hätte er geküßt, die vor ihm schon früher inne gehabte Stelle als Hirt bei seinem Stiebbruder wieder einnehmen zu können. Durch die Untersuchung des Leibes und der Peitsche des August Seifert, die er beim Tode verloren hatte, wurde er als Mörder erkannt. Dr. Bittner und dem Kreisvandalar Schmidly aus Militsch vorgenommene Legalsection des Leichnams ist constatirt worden, daß der Tod durch Erstickung, verbunden mit Hyperämie des Gehirns eingetreten ist und daß dies eine Folge exzitenter Misshandlungen gewesen.

Auf Grund des Besudens wiederholten die Sachverständigen auch heut ihr schon in der Voruntersuchung abgegebene Gutachten, „wonach der Tod nur durch Erstickung mit den Händen und zwar unter Ausübung des stärkeren Drudes durch die linke Hand erfolgt sei. Der Stich in den Hals und die Füstriete auf Hals und Kopf sind aber wahrscheinlich dem August Dreilich erst beigebracht worden, nachdem derselbe schon tot gewesen.“ Das in der Voruntersuchung abgegebene und vor den Herren Gesuchten wie der Geistlichkeit der That Seitens des Angeklagten würde unbedenklich und ohne Vernehmung der Zeugen das „Schuldig“ veranlaßt haben, wenn

und als auch jetzt noch Bewegung im Körper war, so trat er wiederholte mit den Füßen auf Kopf und Hals. Endlich lag der Knabe still. Den Leichnam schlepte er einige Schritte fort und suchte die Spuren des Kampfes mit den Händen zu verwischen; hierauf ging Neute nach Hause. Die Begegnungsberührung bestätigte, daß Neute stets „simpel“ gewesen und von den Kindern im Dorfe der „tätsche Neute“ genannt wurde. Selbst das Biehlfützen, dieses, wie Herr Professor Neumann sich ausdrückte, „Minimum agrarischer Leistungsfähigkeit“, verschah der Angeklagte höchst unvollkommen. Er war öfter bettlägerig und soll auch an Epilepsie gelitten haben. In längerer Ausführung legt Herr Professor Neumann dar, daß der Angeklagte nie ein mit normalen Geistesanlagen begabter Mensch gewesen, der „Bödlin“ setzte ihn in allen Lebensaltern gegen seine Gegenossen zurück. Bei der Schwereigkeit, die das Strafgesetz darin bietet, daß es bei der Frage aus § 51 den Arzt keine „Grade der Berechnungsfähigkeit“ berücksichtigen läßt, gebe seine Entscheidung dahin, die That wurde vom Angeklagten mit Vorsatz und Überlegung ausgeführt, derselbe befand sich aber zur Zeit der That in einem Zustande krankhafter Störung des Geistes, wodurch seine frei Willensbestimmung ausgeschlossen war. Der Staatsanwalt, Herr Professor Dr. Juchs, macht darauf aufmerksam, daß in dem schriftlichen Gutachten der Sachverständigen gesagt sei, der Angeklagte istzurechnungsfähig, wenn auch nur in sehr vermindertem Grade; es scheine somit ein Widerspruch vorzuliegen. Herr Professor Dr. Neumann erklärt, daß jenes Gutachten nur als Arzt, das heutige aber mit Rücksicht auf § 51 des Strafgesetzes abgegeben sei. Auf die nunmehrige Aufforderung des Herrn Präsidenten, auch deute nur als Arzt zu sprechen, giebt der Sachverständige sein Reumur dahn, daß die „Berechnungsfähigkeit in tolosal vermindertem Grade vorhanden sei“. Der Staatsanwalt plaudert mit Rücksicht auf dieses Gutachten für „Schuldig“, denn der Gesetzgeber verlange zur Straflosigkeit unbedingten Ausschluß der Berechnungsfähigkeit. Der Vertheidiger, Herr Rechtsanwalt v. Schleißbühlg, hält die Überlegung zur Tötung — also das Requisit des Mordes — bei dem Geisteszustande des Angeklagten nicht für erwiesen, er beantragt die aus § 51 gestellte Frage der Unzurechnungsfähigkeit zu bejahen, mindestens aber nur das Schuldig betreffs der vorsätzlichen Tötung auszusprechen und für diesen Fall mildeste Umstände zu bewilligen.

Die Beratung der Geschworenen ergiebt auf die Hauptfrage: „Ja der Angeklagte ist schuldig, den August Dreitlich am 6. November 1875 vorsätzlich getötet zu haben, mit mehr als sieben Stimmen, jedoch ist es nicht erwiesen, daß die That mit „Überlegung“ vollführt wurde und auf die Frage des § 51: „Befand sich der Angeklagte bei Begehung der Handlung in einem Zustande krankhafter Störung der Geistesähnlichkeit, durch welchen seine freie Willensbestimmung ausgeschlossen war? Ja!“

Herr Staatsanwalt Professor Dr. Juchs beantragt auf Grund dieses Verdicts die Freiloverung des Angeklagten, verlangt aber gleichzeitig die Überweisung des Neute, als eines für die persönliche Sicherheit gefährlichen Menschen, an die Landespolizeibehörde.

Der Gerichtshof erkennt auf Freisprechung und hat beschlossen, bei der Überreichung des Entlassungs-Antrages die Gefängnis-Direction von dem Urteil der Herren Geschworenen befreit weiterer Veranlassung in Kenntniß zu setzen. Durch letzteren Beschluß dürfte mindestens die siedere Internierung des Mörders in einem Hause für Idioten oder in einer Irrenanstalt zur Ausstellung gelangen.

* [Personal-Chronik.] Versetzung: Der Kreisbaumeister Graeve in Winzig zum Ressort der Königlichen Oberstrombau-Berwaltung und der Kreisbaumeister Füller aus Naugard in gleicher Amtseigenschaft nach Winzig.

Bestätigt die Volationen: für den bisherigen Lehrer Gottwald in Götesberg zum Lehrer an der katholischen Schule in Cranzdorf, Kreis Reichenbach; für den Lehrer Nentwig zum Lehrer und Organisten an der katholischen Schule in Königsvalde, Kreis Neurode; für den Lehrer Franke zum Lehrer an der katholischen Schule in Niederstein, Kreis Neurode; für den Lehrer Krieger zum ältesten Lehrer an der evangelischen Schule in Nieder-Hermendorf, Kreis Waldenburg; für den Lehrer Seeliger zum Lehrer an der evang. Schule in Rathau, Kreis Briesig; für den Lehrer Trüb zum Lehrer an der evangelischen Schule zu Grünwald, Kreis Poln.-Wartenberg. Widerruflich bestätigt die Volationen: für den Schulabjuvanten Neugebauer zum Lehrer an der evangelischen Schule in Weidenbach-Neudorf, Kreis Döls; für den Hilfslehrer Küsch zum ältesten Lehrer an der katholischen Schule in Frankenstejn; für den Lehrer Blümel zum Lehrer an der katholischen Stadtschule in Götesberg.

Bestätigt: Die Volation für den bisherigen Vicar Biebler in Leobschütz zum Pfarrer der evangelischen Kirchengemeinde von Charlottenbrunn, Kreis Waldenburg.

Erkannt: Der Kreisrichter Stölzle, Bauer und Gläser zu Grünberg, von Bomsdorf zu Bünzlau, Gregorius zu Lüben, Görlitz und Uhse zu Lauban, Schmidt zu Glogau und Schulze zu Gubrau zu Kreisgerichts-Rathen. Der erste Gerichtsvorsteher Anders zu Rothenberg zum Volksmeister. Bestätigt: Die Rechtskandidaten Friedländer und Burgheim zu Görlitz in Referendar. Die Gefangen-Ober-Ausleiter Menzel zu Liegnitz und Werth zu Görlitz zu Gefangen-Inspectoren. Der Unterhofmeister Waller zu Beuthen zum Bureau-Schiffen der dem Kreisgerichte zu Glogau. Versetzung: Der Referendar Hörrner zu Haynau an das Kreisgericht zu Liegnitz, Ausgeschieden: Der Rechtsanwalt und Notar Bodenstein zu Löwenberg. Der Referendar Hertrampf zu Sagan Bewußt seines Übertritts in das Departement des Appellationsgerichts zu Breslau. Der Bureau-Beihilfe Schendel zu Glogau. Pensionist: Der Secretair Nothe zu Lüben. Der Bureau-Assistent von Brause zu Löwenberg. Gestorben: Der Kreisgerichts-Rath und Abteilungs-Direktor Göbel zu Bünzlau. Der Referendar von Gersdorf zu Görlitz.

Erkannt: Der Stadt-Hauptmann-Rendant Scharff zu Liebenthal zum Stellvertreter des dortigen Polizei-Anwalts. Der Kämmerer Kliebm zu Liebenthal zum einstweiligen Polizei-Anwalt für den Gerichtsstaatsbeamten Liebenthal. Der Hegermeister Lohrbardt in Wiesau zum Forst-Polizei-Anwalt für die herzoglich Saganischen Lehnsherren im Bezirk der Gerichts-Kommission zu Pribus. Der Forststallmeister-Rendant Becker zu Wiesau zu dessen Stellvertreter. Ausgeschieden: Der Polizei-Anwalt Bürgermeister Müller zu Neufladel. Der Polizei-Anwalt Bürgermeister Kern in Seidenberg. Der Forst-Polizeianwalt Forstmeister Heyder in Wiesau. Der Polizeianwalt Obersösterfor Engelken in Rausda. Gestorben: Der Polizeianwalts-Stellvertreter Kämmerer Scholz in Liebenthal. Der Polizeianwalt Bürgermeister Schmidt in Tschirnau. Erkannt: Der Regierungs-Rath Boische zum Geheimen Regierungs-Rath. Verlobten: Dem Regierungs-Rath Kelch bei seiner Verlobung in den Stubenstand der Charakter als Geheimer Regierungs-Rath. Versetzung: Der Regierungs-Rath Glazek als Geheimer Regierungs- und vortragender Rath, sowie der Secretair Martin als Geheimer Kanlei-Director in das Ministerium für landwirtschaftliche Angelegenheiten in Berlin.

Ausgeschieden: Der Oberberggrat Geditz in Breslau in Folge seiner Ernennung zum Regierungs-Rath und seines Übertritts zur inneren Verwaltung. Eingetreten: Der Berggrat Schnadenerberg, bisher in Dortmund, als juristischer Hilfsbeamter beim Collegium des Oberbergamts. Erkannt: Der Oberbergamt-Bureau-Assistent Herrmann Langner in Breslau zu Oberbergamt-Sekretär. Der Civilamtsrath Fretter zum Oberbergamt-Bureau-Assistenten in Breslau. Der frühere Regierungs-Supernumerar Louis König zum Schichtmeister bei der Berginspektion zu Nortviken in Ostpreußen. Der frühere Producten-Magazin-Assistent Markessa in Gleiwitz zum Schichtmeister bei der Berginspektion zu Zabrze. Pensionirt: Der Bergmeister z. D. Gitteritz in Waldenburg.

Erkannt: Die Bureau-Assistenten Gräber und Neugebauer in Breslau zu Betriebs-Sekretären. Der diätarische Zeichner Schmidt in Breslau zum Reichen. Der Bau-Assistent Kühn in Breslau und der Bahnmeister-Assistent Müllig in Wädenswil zu Bahnmeistern. Der Bodenmeister-Assistent Küpper in Breslau zum Wiegemeister. Versetzung: Die Stations-Ausleiter Clemmung von Martha nach Friedrichsgrube, Krabatsch von Friedrichsgrube als commissarischer Stations-Vorsteher zweiter Klasse nach Münsterberg, Stepmann von Breslau als commissarischer Stations-Vorsteher zweiter Klasse nach Biegenhals, Scholz von Biegenhals als commissarischer Stations-Vorsteher zweiter Klasse nach Martha. Der Stations-Assistent Kühn von Breslau nach Mittelwalde. Der commissarische Stations-Assistent Lohwad von Mittelwalde nach Breslau. Die Telegraphisten Reich von Gneisen als commissarischer Stations-Assistent nach Breslau, Billig von Kosel als commissarischer Stations-Assistent nach Habelschwerdt. Der Zugführer Möck von Neisse nach Frankenstein. Der Locomotivführer Kallus von Jaworzlaw nach Breslau. Pensionirt: Der Hauptstabs-Buchhalter Woback in Breslau. Der Telegraphist Hahn in Breslau. Der Bahnmeister Mettner in Böhmen-dorf. Ausgeschieden: Der Güterexpedient Reimann in Breslau. Gestorben: Der Packmeister Hanisch in Breslau.

- ch. Görlitz, 14. Juli. [Centralhalle. — Sedanfeier. — Wagnerstiftung. — Nicolaifirchhof. — Dementi.] Der Einsturz der Centralhalle im vergangenen Winter ist Gegenstand eines Criminal-Proceses geworden. Am Montag, wo die Verhandlung gegen den Maurermeister Baumann, den Zimmermeister Knobloch und den Restaurateur Frisch stattfand, wurde zum zweiten Mal eine Verlängerung beschlossen, weil sich die Gutachten der beiden Sachverständigen, des Stadtbauraths Marx und des Maurer- und Zimmermeisters Böck diametral gegenüberstanden, infsofern als Baurath Marx erklärte, daß die Angeklagten gegen allgemeine Regeln der

Baukunst verstößen hätten, während nach Ansicht des andern Sachverständigen die Anbringung eines Hängeboots den allgemeinen Regeln der Baukunst nicht entgegen, aber im vorliegenden Falle am unrichtigen Platze angewandt sei. Es wird nun ein Superarbitrium des Regierungsbauraths eingeholt und dann das Urtheil gefällt werden. Die neue Centralhalle, wesentlich vergrößert und verschönert, und vorwiegend diesmal mit den sichersten Constructionen erbaut, wird mit der Herbstfaison eröffnet werden. Wie in früheren Jahren, ist auch diesmal wieder eine allgemeine Feier des Sedanfestes Seitens der Militär-, Turn- u. Gesangvereine angeregt. Ein Comitee ist bereits gewählt, und auch Seitens des Magistrats schon der umbesetzte Stadtrath Dickele gewählt, um mit dem Comitee das Nähere zu verabreden. Der Schauplatz des Festes wird voraussichtlich wieder der freie Platz am Schiekhause werden, der Rückmarsch des Festzugs am Abend in die Stadt wird diesmal wegfallen. — Die von der Witwe des Seilermeisters Wagner gemachte Stiftung von 6000 Mark, deren Zinsen alljährlich am Sylvesterabende an 5 arme Handwerker und 5 Handwerkswitwen verteilt werden sollen, hat die königliche Genehmigung erhalten. Die Verwaltung der Stiftung ist dem Magistrat übertragen. — Der Nicolaifirchhof ist jetzt teilweise in einen öffentlichen Platz umgewandelt worden. Wie schon längst beabsichtigt, ist die Mauer vor der Kirche gefallen, der Thorweg an die Ecke der Kirche selbst verlegt und der Teil des alten Kirchhofes, der sich vor der Kirche nach der Vogelstraße zu befindet, planiert worden. Die an der alten Mauer stehenden Grabsteine sind entfernt worden und haben einen Platz an der Seitenmauer innerhalb des alten Kirchhofes gefunden. Durch diese Änderung ist ein freier Platz gewonnen, auf dem die Schüler der Nicolaishule frische Luft atmen können und das Portal der Kirche, welches leider stark verklebt Bildhauerarbeiten, die Statuen des heiligen Nikolaus, der heiligen Katharina und eine Kreuzigung Christi enthält, freigelegt. Eine Renovierung dieser wahrscheinlich ältesten Kirche der Stadt ist schon seit längerer Zeit beabsichtigt, doch fehlt es an ausreichenden Mitteln. — Die Görlitzer Nachrichten und Anzeiger bringen heute ein Dementi der Mitteilungen über die Verhandlungen zwischen dem Justizfiscus und dem Magistrat wegen Überlassung des Krankenhausgrundstücks zur Erweiterung des Gerichtsgebäudes. Das Dementi beweist nur, daß der Magistrat nicht wünscht, daß über die Verhandlungen im gegenwärtigen Stadium in der Deffensilität gesprochen wird, vermag aber an der Thatstunde nichts zu ändern, das unter dem Hinweis auf die angebliche Bereitwilligkeit Bünzlau's, das für ein großes Gerichtsgebäude nothwendige Terrain umsonst herzugeben, dem Oberbürgermeister Gobbin die Zumuthung gestellt worden ist, die Abtretung des Krankenhausgrundstücks an den Justizfiscus durchzuführen. Aus dem Dementi geht übrigens hervor, daß der Magistrat durchaus nicht abgeneigt ist, um das große Landgericht (nicht Obergericht) zu erhalten, das Krankenhausgrundstück dem Fiscus, wenn auch nicht ganz umsonst, zu überlassen. Auf diese Weise läme er über die Krankenhausfrage hinweg, die sich durch das Gutachten der zwei Sachverständigen der Sanitäts-Deputation für ihn recht fatal gestaltet hat.

@ Hirschberg, 14. Juli. [Zum Musikkfest. — Hoher Besuch in Tilsit.] Die weiteren Proben zum Musikkfest nahmen heut ihren Verlauf in der Art, daß Vormittags eine Vorprobe für den zweiten Festtag und Nachmittags um 4½ Uhr die Hauptprobe zum Oratorium „Jesua“ stattfand. Letztere war von circa 700 Zuhörern besucht. Die Witterung hat sich, nachdem sie gestern Abend sehr unfröndlich zu werden drohte, wiederum ganz günstig gestaltet. — Auf dem Schloß zu Tilsit wurde vom 6. d. M. bis heut früh Ihre Königliche Hoheit, die Prinzessin Elisabeth, Gemahlin des Brinzen Carl von Hessen, mit ihren Söhnen, den Prinzen Heinrich und Wilhelm in stiller Zurückgezogenheit. Sie empfing keine Besuche, hatte nur wenig Gesellschaft bei sich und bezog ihre Dineris aus der Küche des Alten Gasthauses. Bei ihrem Scheiden sagte sie zu, im künftigen Jahre auf längere Zeit wiederkommen zu wollen.

L. Liegnitz, 14. Juli. [Zu den Wahlen. — Angenehmer Auftrag — Kriegerverein.] Zu dem in der Mittwoch-Nummer dieser Zeitung vom Liegnitzer Correspondenten gemeldeten Wahlbericht bemerken wir, daß bis jetzt nur der Ausdruck des liberalen Wahlcomite's zusammengetreten ist und daß über die Aufstellung der Candidatenliste erst in der Versammlung des ganzen Wahlcomite's, welche in einigen Wochen stattfinden wird, beschlossen werden kann. Ueberhaupt befinden sich auf dieser Verberatungsliste viel mehr Namen, als Mandate zu vergeben sind. — Dem schon seit mehreren Jahren an der hiesigen Königlichen Gewerbeschule für das Zeichenfach angestellten Herrn J. Matthias, Herausgeber der bekannten Bücher: „der menschliche Schmied“, „die Formenprache des Kunstgewerbes“, ist von Seiten des Herrn Handelsministers der sehr angenehme und ehrenhafte Auftrag zu Theil geworden, die jetzt zu München veranstaltete Kunstausstellung auf Staatskosten Beobachtberichtung zu beobachten. Herr Matthias tritt Sonntag, den 16. Juli, seine Reise an, weswegen auch die Sommerferien an der hiesigen Gewerbeschule, welche sonst erst mit den Michaelisfesten zusammenfielen, schon morgen beginnen. — Vorigen Sonntag unternahm der hiesige Kriegerverein einen Spaziergang nach dem zwei Meilen von hier bei den Berghäusern gelegenen Walde, woselbst er von den Bewohnern der Umgegend empfangen wurde. Als der Verein dann zu den berühmten und bekannten, weit über vier Menschenalter alten, sogenannten Eichen, welche jede mit einem Schild mit finniger Inschrift von der Ortsbehörde versehen ist, kam, hing er unter einem dreimaligen Hoch auf. Se. Majestät den Deutschen Kaiser ein Schild mit folgendem Verse an eine dieser Eichen:

„Aus Eisenlaub ein deutscher Kranz
Vorkundet deutschen Ruhmes Glanz.
Wie Eichen stark, wie Blätter grün,
Soll deutsche Kraft und Hoffnung blühen.“

Von hier begab sich der Verein in ein Gasthaus und verlebten die Mitglieder den Tag recht froh und vergnügt.

Steinau a. O., 12. Juli. [Ertunkener. — Badeanstalt.] Gestern in den Vormittagsstunden gegen 11 Uhr ertrank hier selbst beim Baden in der Oder, wie bereits gemeldet, der Handlungsbreite Kerber aus Liegnitz. Es ist dies innerhalb drei Jahren das dritte Opfer, welches die Oder bei Gelegenheit des Badens gefordert. Eigenthümlicher Weise waren alle drei Verunglückte junge Kaufleute. Wir sprechen wiederholt unser Bedauern darüber aus, daß eine Stadt wie Steinau, welche zwar das Glück hat, an der Oder und dem kalten Bach zu liegen, keine Badeanstalt besitzt. Den geehrten auswärtigen Lesern dürfte diese Mittheilung um so unglaublich erscheinen, wenn in Erwähnung gezogen wird, daß hier ein Königliches Lehrerseminar mit Waisenhaus sich befindet, welche Anstalten permanent ca. 100 Böglinge mit 10—11 Lehrern zählen, daß außerdem am hiesigen Orte seit vielen Jahren zwei große Kreis-Krankenhäuser sich befinden, welche alljährlich von vielen Hundert Kranken besucht werden, von denen doch auch so mancher Patient die Badeanstalt frequentieren würde. Ferner haben wir am Platze eine berühmte Osen- und Thonwarenfabrik, welche nahe an 100 Arbeiter, eine ebenso berühmte Möbelfabrik, welche circa 50 Arbeiter beschäftigt, von denen viele lieber die Badeanstalt, als das unsichere, alte Jahr sich ändernde offene Strombett der Oder aufsuchen würden. Wir wünschen, daß dieser gemeldete neue Unglücksfall dazu beitragen möge, daß endlich dem so lange gefühlten Bedürfnis — am hiesigen Orte eine bleibende Badeanstalt zu errichten — baldmöglichst abgegeben werde.

Striegau, 13. Juli. [Theater-Einweihung. — Gartenflora. — Schulferien.] Hotelbesitzer Richter hier selbst hat die Localitäten seines Gastrothes in umfassender Weise erweitert und insbesondere durch den Bau eines neuen recht geschmackvoll eingerichteten und mit prächtigen Decorationen ausgestatteten Theaters einem vielseitig empfundenen Bedürfniss Rechnung getragen. Gestern Abend fand unter reichzahlreicher Beteiligung des Publikums die Eröffnung und Einweihung der neuen Bühne statt. Hierbei brachte die der Leitung des Director Lehmann unterstellte Liegnitzer Sommertheater-Gesellschaft unter Mitwirkung des Schauspielers Ernst vom Thalia-Theater in Hamburg das Lustspiel: „Der Lieutenant, nicht der Oberst“ von A. von Saville, sowie die Offenbach'sche Operette: „Die Verlobung bei der Laternen“ zur Aufführung. Sowohl der Eröffnungsprollog des Fräulein Henschel wie auch die Leistungen der einzelnen Darsteller fanden bei dem Publikum den wohlverdienten Beifall. — Den Besuchern Striegau ist eine Besichtigung in diesem Jahre ausnehmend prächtigen Rosen- und Lebholzflora des Parks, sowie der Packmeister Leichter, die auf zwei verschiedenen Feldern circa 4000 Rosenbäumen und nahe an 100,000 vielseitige Lebholzstöcke zählt, aufs Augenleid gesetzt. — In der höheren Lüderhöhe des Rector Thamm haben die Sommerferien bereits am 10. d. ihren Anfang genommen. In den ländlichen wie städtischen Elementarschulen dagegen wird der Unterricht erst am 22. d. geschlossen werden, weil in hiesiger Gegend billiger Weise auf die Ernte Rücksicht genommen werden muß, die vor dem bezeichneten Termin wohl kaum allgemein in Gang kommen dürfte.

X. Neumarkt, 14. Juli. [Tageschronik.] Vorgestern machten sämtliche Kinder hiesiger katholischer Schule den Sommer-Auszug nach Görlitz vorwerk mit Trommeln und Musik. Dieses Fest gestaltet sich stets zu einem wahren Volksfest und eine ungeheure Fröhlichkeit durchweht das Ganze, welches von der Geistlichkeit, Lehrern und anderen angesehenen Herren der Stadt

aufs Trefflichste geleitet wird. Man kann sagen, fast die Hälfte hiesiger Einwohnerschaft ohne Unterschied der Confession beteiligt sich daran und diese allgemeine Theilnahme sichert ihm den Ruf der Volksbüümlichkeit, die bei anderen festlichen Gelegenheiten immer mehr hier in den Hintergrund tritt.

J. P. Aus der Grafschaft Glatz, 14. Juli. [Brandentschädigung.] — Zur nächsten Sedanfeier. — Feuer- — Verbot.] Im Bereich der Glatzer Landgemeinden-Feuer-Societät haben vor I. Semester 1876 folgende Brände stattgefunden: 1. in Grunwald, Kreis Glatz, zu honorierten 720 Mark, 2. in Herzogswalde, Kreis Habelschwerdt, zu honorierten mit 4200 Mark und 3. in Johannisberg, desselben Kreises, zu honorierten mit 600 Mark zusammen 5520 Mark = 1840 Thaler. Zur Deckung dieser Brandförderungen und der laufenden Verwaltungskosten haben die Directions- und Ausschußmitglieder in ihrer am 11. d. Mts. stattgehabten Sitzung die Auszeichnung eines 1½ fachen Beitrages (oder 15 Markpfennige pro 300 M.) beschlossen. In derselben Sitzung wurde ferner auf Grund des § 17 des Feuer- — Societäts- Status einstimmig beschlossen, daß vom 1. Juli 1876 ab statt des bisherigen Eintrittsgeldes von 1 Mark 50 Pf. pro 300 Mark Versicherungssumme mit Rücksicht auf den auf 70,550 Thaler = 211,650 Mark angewandten Reisefond ein Eintrittsgeld von 2 Mark für jedes 100 Thaler oder 300 Mark Versicherungssumme eingehoben werden soll. — Der Magistrat der Stadt Glatz erläßt heut folgenden Aufruf: „Einwohner von Glatz! Der 2. September naht heran und wir müssen trotz der schlechten Zeiten daran denken, an diesem Tage wieder unser Schul- und Volksfest zu feiern. Für diesen Tag wollen wir wieder die Sorgen des alltäglichen Lebens zurückdrängen und uns, vergessend alle sonstigen Zwiste und Parteien, als einige und bestreute Mitglieder der großen Glatzer Familie nur der reinen und ungetrübten Freude unserer Jugend widmen. Sorgen wir dafür, daß dieses Fest seinen beiden Borgern in 1874 und 1875 nicht nachstehe. Lassen Sie deshalb ein Leben nach seinen Kräften wieder ein Scherlein beitragen. Die Herren Bezirkvorsteher sind wieder mit der Einzammlung der Beiträge beauftragt.“ Unter Hinweis auf diesen Aufruf erachtet der Magistrat zugleich alle Vereine und Gesellschaften der Stadt Glatz, sich wieder in corpore an dem allg. meinen Schul- und Volksfeste zu beteiligen und solches recht bald anzugeben, damit Mitglieder derselben in das Fest-Comitee genommen werden können. — Am 10. d. M. früh 2½ Uhr brannte das Haus des Schneidermeisters Gottschlich in Alt-Lomnitz, Kreis Habelschwerdt, ganz darnieder. Leider wurde außer einigen Betteln nichts gerettet. Die Entstehung des Feuers ist noch nicht ermittelt.

Caplan Preuschoff in Schönfeld, Kreis Habelschwerdt, ist durch Verfolgung der königlichen Regierung zu Breslau vom 30. Juni c. von der Leitung und Erziehung des Religionsunterrichtes in öffentlichen Schulen und Anstalten, speziell in den katholischen Schulen zu Hain, Lauterbach und Gläsendorf, Kreis Habelschwerdt, entbunden und ihm jeder amtliche Verkehr mit der Schule und deren Lehrern verboten worden.

— r. Namslau, 14. Juli. [Vergiftung eines Kindes durch eine Otter. — Anordnungen für die Schule.] Am 8. d. M. spielte das dreijährige einzige Töchterchen des Försters Wallisch aus Steinendorf, hiesiger Kreis, einige Schritte vom elterlichen Wohnhause entfernt, als es von einer der dort sehr häufigen Kupferotter in beide Füße gestochen wurde. Der zur Hilfe herbeieilenden Magd lief das Thier über den Fuß, ohne sie zu verwunden. Obgleich der Vater augenscheinlich beide Füße oberhalb der Wunden unterband, um die Blutcirculation zu hindern, obgleich er selbst aus beiden Wunden das Gift aussog und später alle ihm bekannten Mittel anwandte, vermochte er doch sein Töchterchen nicht zu retten und es erlag nach zwei Tagen seinen schweren Leiden. Wahrscheinlich hatte die Otter ein größeres Blutgefäß getroffen, so daß sich das Gift schnell in größerer Menge durch den ganzen Körper verbreiten konnte. — Bezuglich der Aufnahme und Entlassung der schulpflichtigen Kinder herrsche bisher eine ausschließende Willkür, durch welche die Erfolge des Unterrichts häufig und vielfach beeinträchtigt werden, und welche die Lehrer oftmals zu begründeten Klagen und Beschwerden veranla

